

18 – 1920-12-16

Erhöhung verschiedener Nebengebühren überreicht haben. Obwohl die darüber bis in die gestrigen Abendstunden geführten Verhandlungen nicht abgebrochen worden waren, seien die Kraftwagenlenker im Laufe der heutigen Nacht unvermittelt in den Ausstand getreten. Gleichzeitig mit ihnen haben auch die Postkutscher, für welche die gleichen Erhöhungen in Anspruch genommen waren, die Arbeit niedergelegt, ungeachtet diese überhaupt nicht in einem staatlichen Dienstverhältnisse stehen, sondern Bedienstete des Poststallhalters Uhl seien und nach dem Genossenschaftstarife entlohnt werden.

Generalpostdirektor H o h e i s e l bespricht die Einzelheiten der geltendgemachten Forderungen und erörtert die dazu im Laufe der Verhandlungen von der Postverwaltung eingenommene Haltung. Redner kennzeichnet seinen aus der ganzen Gestaltung der Verhandlungen gewonnenen Eindruck dahin, daß es sich nicht um eine Lohnbewegung handle, der Ausstand vielmehr politischen Charakter trage. Infolgedessen würden nach seiner Meinung auch die weitestgehenden materiellen Zugeständnisse zu keiner Einigung führen. Im Vordergrund stehe augenblicklich die Frage, ob auf die neu in den Dienst tretenden Angestellten ausschließlich die eben in Kraft gesetzte Besoldungsordnung zur Anwendung zu kommen haben werde, oder aber ob auch ihnen die Möglichkeit offen gehalten werden solle, sich für die Behandlung nach der Dienstpragmatik zu entscheiden.

Nach einer streng vertraulichen Debatte, deren Inhalt in einem geheimen Anhang zu diesem Protokoll niedergelegt ist, beschließt der Ministerrat, von einer Stellungnahme zu den Forderungen der Postchauffeure und Postkutscher vorläufig abzusehen.

16. Dezember 1920. Protokoll Nr. 18, 12 Uhr mittags – Auswertung beider Stenogramme.

Heute früh ist bei den staatlichen Chauffeuren ein Streik ausgebrochen.

Pesta: Ich habe heute früh Nachricht bekommen, dass die gestrigen Verhandlungen mit den Chauffeuren eigentlich nicht abgebrochen wurden, sondern gewisse Vorschläge gemacht haben ohne dass die Verhandlungen direkt ein negatives Resultat ergeben hatten. Nun sind wir heute früh durch die Nachricht des Streiks überrascht worden, weil die Personalvertretung die Verhandlungen führt und diese nicht ohne Verständigung der Regierung Streik zu proklamieren pflegt.

Hoheisel: Wir sind vom Zentralausschuss im 9 und 11 durch Anträge und sonstige Begünstigungen überschwemmt worden. Es wurde in den Vordergrund gestellt einerseits die Frage der Kutschwagenlenker und Elektrolenker und dann wurden prinzipielle Forderungen in den Vordergrund gestellt, die nicht von den Kutschwagenlenkern ausgingen. Mittag wurden die Verhandlungen aufgenommen und gestern den ganzen Tag fortgesetzt. Es handelt sich um die Erhöhung der monatlichen Zulage von 300 auf 500, die Tagesgebühr von 14 auf 50 K., die Nachtdienstgebühr von 16 auf 60 für die ganze Nacht, von 8 auf 30, die Überstunden von 5 auf 20 K, die Überlandfahrtgebühr von 25 auf 100 K. Gleichzeitig wurde vom Zentralausschuss geltend gemacht die Erhöhung des Subventionskredites von 124 auf 200 Mill.K, ferner die Ablösung der Einnahmen aus dem postbücherlichen Erlag mit 1000 K. für sämtliche Besteller und ihre Kollegen im Sommerdienst. Dann wurde sofort auch nachdrücklich die Frage des Nachweises erörtert ob pragmatisch oder nicht pragmatisch. Endlich wurde erklärt, dass die Wiener Postler dasselbe bekommen müssen wie Chauffeure und Elektromobilllenker. Ich konnte erst Nachmittag wieder in die Verhandlungen gehen. Ich habe da den Standpunkt eingenommen, dass man das, was den heutigen Zeiten entspricht, das Möglichste tun werde bei den maßgebenden Stellen zu vertreten. Nach vielfacher Verhandlung sind wir gekommen, die Verwaltung würde für vertretbar halten die Erhöhung von Monatspauschale von 300 auf 500 K, die Tagesgebühren von 14 auf 40 K, da man in der Regel zusammenhängenden Dienst für 96 Stunden für 2 Wochen hat und auswärts essen muss. Die Besprechung der Nachtdienstgebühr habe ich abgelehnt, weil es eine allgemeine Frage ist und für keine einzelne Kategorie geregelt werden kann, wegen Rückwirkung. Ebenso Besprechung der Überstundengebühren. Die Überlandgebühr auf 65 K am Tag, in der Erwägung, dass der Chauffeur ein besseres und ein schwächeres Essen zu sich nehmen muss. Auch kommt es sehr oft vor. Sie verlangen die Rückwirkung von 1.11.10. Der ganze Betrag würde 50 000 ausmachen. Rücksichtlich der Lebensmittelkredite wurde erklärt, sie werden in jenem Maße erhöht werden als Regierung sie für die Eisenbahner erhöhen kann. Die Ablösung der postbücherlichen Erlöse habe ich gesagt, geht nicht an. Es wurde mir erwidert, es handle sich nicht so sehr um die Ablösung als um Sch.Pauschale. Ich habe daher, da ich nichts davon weiß, die Verhandlung darüber vorläufig abgelehnt. Dann kam zur Erörterung, dass es bei der Frage des Nacht?? zu einem unerhörten Kampf kommen wird. Ich sagte, die Verwaltung verfügt noch nicht über die abschließenden Ziffern. 47 % haben sich entpragmatisieren lassen, die anderen sind pragmatisch geblieben. Über diese Frage werden wir mit den Vertretungsgruppen reden können, sobald die Daten bekannt sind. Die Frage der Wiener Postillions, die dieselben Nebengebühren verlangen, habe ich abgelehnt, diese werden beantwortet nach dem Genossenschaftstarif. Im Hintergrund waren auch Leute des Arbeiterverbandes, aber nicht die Offiziellen. Forstner hat bei der vormittäglichen Sitzung mehr einen scherzhaften Ton eingenommen; hat sich aber in der Sache nicht eingemischt und ihnen freie Hand gelassen. Zum Schluss wurde gesagt, man kann die Verwaltung nicht in Aussicht stellen, wir gehen jetzt in die Versammlung und morgen soll Antwort gegeben werden. Abends wurde ich verständigt, dass die Versammlung jede weitere Verhandlung abgelehnt hat. Heute früh die Mitteilung, dass alles abgelehnt wird und sind heute früh in Streik getreten, Chauffeure und Postillions. Heute früh war Jakl bei mir und hat

betont, dass es ihm unmöglich war Einfluss zu nehmen. Die offiziellen Männer sind in den Hintergrund getreten. Es wurde eine eigene Streikleitung gewählt. In Betrieb bleiben die Wagen für die Lebensmittelstelle und die Wagen für die ?? Taylor. Es wurde angekündigt, diese 1000 K seien eine Frage, welche sofort gelöst werde müsste, sonst könnte man nicht sagen, was noch geschieht. Ferner wurde gesagt, dass die zurückgestellten Punkte Nachtdienst und Überstunden nicht auf die finanziellen Bereiche übergreift. Dann wurde gesagt, dass es wahrscheinlich ist, dass sich die Telegrafenangestellten sehr für die Sache interessieren werden. Jede kursmäßige Fahrt, die mit einem anderen Vehikel zu machen versucht wird, wird verhindert werden. Es ergeben sich aus dieser ganzen Sache eine vollständige Lahmlegung des Verkehrs von heraus nach Wien und hinaus. Postverkehr ist vollständig unmöglich. Briefverkehr soll wenigstens für den amtlichen Verkehr aufrechterhalten werden und bescheidene Menge für den weihnachtlichen aufgegeben werden können. Gefährdet wird auch der Geldverkehr. Der ganze Geldverkehr strömt beim Postamt Wien 96 zusammen. Wir führen 2-3 große Wagen an die österreichisch-ungarische Bank und holen von dort die ???. Auf die Verhinderung dieses Verkehrs legt man besonderes Gewicht. Ich habe den Auftrag gegeben, dass man sich sowohl mit Wiener als Postsparkassenamt verhandelt, ob es nicht möglich wäre, diese Abteilung des Postamtes in Bank oder Postsparkassenamt zu verlegen. ich bin pauschal der Überzeugung, auch wenn man in Aussicht gestellt hätte, noch mehr zu bewältigen, so wäre der Streik nicht verhindert worden. Mir kommt es vor, als ob die gleiche Aktion eintreten sollte wie im Schankgewerbe, die Dienstgeber haben alles bewilligt und dann wurde erst richtig gestreikt. Ich glaube im Geheimen den Angelpunkt bildet das ?? bei der Post. Man will der Verwaltung da die Freiheit nehmen. Abgelehnt ist die Sache nicht, es wurde nur gebeten nicht in den Vordergrund zu stellen, bis man die nötigen Unterlagen hat. Nach dem Ausland hin werde ich bitten, dass der Transit durch Österreich vermieden und abgelehnt werde. Für hier muss man den Verkehr für einige Tage einstellen wegen der Haftungsfrage.

Grimm: Einzelne Forderungen finde ich vom finanziellen Standpunkt erfüllbar und ich sollte keine Schwierigkeiten machen unter der Voraussetzung, dass im Ressort des Verkehrs Deckung geschaffen wird. Weitergehende Forderungen kann man nicht erfüllen ohne uns lächerlich zu machen. Es spitzt sich die ganze Frage anscheinend darauf, dass im Ganzen eine Tendenz liegt, es wird gestreikt, auch wenn Zugeständnisse gemacht werden. Weitergehende Zugeständnisse als vernünftig vertretbar ist, sind zwecklos. Die Regierung käme in eine schreckliche Position. Mein Antrag geht dahin, dass Kanzler die Häupter der Parteien beruft um mit ihnen über die Streikfrage politisch zu beraten. Wenn die sozialistische Partei diese Tendenz aufrechterhält, so hat die Regierung keine Möglichkeit etwas dagegen zu tun. Wir können aber die Forderungen nicht erfüllen, weil sie irrsinnig sind und ihre Erfüllung nichts nützen wird. Ich habe die Überzeugung, dass wenn da kein Übereinkommen geschlossen wird, dass wir bis Weihnachten nicht mehr im Amte sein können.

Resch: Habe dieselbe Meinung. Es hat sich dasselbe gezeigt beim Gastgewerbestreik. Das Materielle spielt gar keine Rolle. Obwohl alles zugestanden wurde, wurde erklärt, dass wenn nicht die sozialdemokratische Arbeitsvermittlung eine Monopolstellung bekommt, wird gestreikt. Das geht nach einem bestimmten System. So geht es auch in der Provinz. Die Organisation der Heimkehrer teilt mit, wenn nicht innerhalb 8 Tagen alle Invaliden und Heimkehrer entsprechende Wohnungen haben, so werden die Staatsgebäude besetzt. Es ist das von überall gleich lautend. Die Fäden laufen zusammen. Die sozialdemokratische Partei hat das wirtschaftliche Leben in der Hand und sie wird jeden Tag mit neuen Streiks das Leben sauer machen bis wir endlich sagen wir können nicht mehr. Es wird versucht durch Streiks von allen Seiten die Regierung unmöglich zu machen, sie zu keiner ruhigen Verwaltung kommen zu lassen.

Glanz: Ich schließe mich der Ansicht der Vorredner an. Es handelt sich nicht um

18 – 1920-12-16

wirtschaftliche Streiks, sondern um ein ganz bestimmtes System. Ich glaube, der Gedanke des Finanzministers ist sehr richtig, man soll offen mit der sozialdemokratischen Partei zu reden versuchen. Alle Hilfeleistungen aus dem Ausland sind von der Ordnung abhängig. Ich glaube es wäre zu erwägen, ob man nicht die Hilfe der Rep.Komm. in Anspruch nehmen soll. Auch müsste man in der Presse feststellen, wer die Verantwortung trägt, wenn es zum Zusammenbruch kommt.

Vizekanzler: Sowohl für die Partei wie für die Öffentlichkeit wäre es besser, wenn wir in der Lage wären auf einen kollektiven Schritt der uns wichtigen Mächte hinweisen zu können. Es müsste heißen, dass diese Streiks die Aufmerksamkeit der Mächte erregt haben, welche Hilfe leisten. Wenn wir in diese Verhandlungen mit so einem Schriftstück der Entente gehen könnten, würde die Situation der Regierung gebessert und wir haben eine sehr wichtige Waffe.

Resch: In diesem Moment sollte der Bundespräsident eingreifen. Er sollte die Parteiführer berufen.

Glanz: Dazu sollte eine Anregung von der Rep. Komm. ausgehen.

Grimm: Ein kollektiver Schritt der Entente dauert sehr lange. Was die Ententemächte denken, wissen die Führer Renner und Bauer genau, sie wissen, dass eine sozialdemokratische Regierung keine Hilfe zu erwarten hätte. Das sollten die Herren den Sozialdemokraten offen sagen.

Mayr: Es hat keinen Sinn zu verhandeln. Es bleibt nichts übrig als mit den Parteien zu sprechen und Schritte zu erwägen.

Pesta: ad Nachwuchs: vom rein sachlichen Standpunkt halte ich es für notwendig, dass der Nachwuchs als reformierter Nachwuchs aufgenommen wird. In der Ex. wäre die verschiedene Behandlung der beiden Angestelltengruppen sehr ungünstig, gerade die letzte Forderung würde sich in Hinkunft ständig wiederholen. Wir haben eine Reform gemacht.

Hoheisel: Habe ich da noch irgendwelche Verhandlungen zu führen, wenn man an mich herantritt. Kann ich Zugeständnisse in Aussicht stellen.

Pesta: Man soll sich mit den Leuten nicht einlassen.

Hoheisel: Die Personalvertretung spielt eine doppelte Rolle, sie sucht herauszupressen was möglich ist und beruft sich auf der anderen Seite, dass sie gegenüber der Streikleitung ohnmächtig ist. Besonders diese Ablösung für die Postbücher kostet 12 Mill.K. Ich bitte um eine Weisung, was ich zu tun habe.

Pesta: Die Forderungen sind an den Haaren herbeigezogen. Es ist rein politisch. Es wird von ihnen die Frage des Nachwuchses in den Vordergrund gestellt. Das ist auch politisch.

Nichts weiter tun und sachlich die erforderlichen Verfügungen zu treffen.

Protokoll Nr. 18a vom 16. Dezember 1920, 12 Uhr mittags (18b fast gleichlautend)

Heute früh ist bei den staatlichen Chauffeuren ein Streik ausgebrochen.

Pesta: Ich habe heute früh Nachricht bekommen, dass die gestrigen Verhandlungen mit den Chauffeuren eigentlich nicht abgebrochen wurden, sondern Hoheisel gewisse Vorschläge gemacht hat, ohne dass die Verhandlungen direkt ein negatives Resultat ergeben hätten. Nun sind wir heute früh durch die Nachricht des Streiks überrascht worden, weil die Personalvertretung die Verhandlung führt und diese nicht ohne Verständigung der Regierung Streik zu proklamieren pflegt.

Hoheisel: Wir sind vom Zentralausschuss am 11. durch Anträge auf Erhöhungen und sonstige Begünstigungen überschwemmt worden. Es wurde in den Vordergrund gestellt einerseits die Frage der Kraftwagenlenker und Autobuslenker und dann wurden prinzipielle Forderungen in den Vordergrund gestellt, die nicht von den Kraftwagenlenkern abhängen. Mittags wurden die Verhandlungen aufgenommen und gestern den ganzen Tag fortgesetzt. Es handelt sich um die Erhöhung der monatlichen Zulage von 300-500, die Tagfahrtzulage von 14-50 K, der Nachtfahrtgebühr von 16 auf 60 für die ganze Nacht, von 8-30, der Überstunden von 5 auf 20 K, der Überlandfahrtgebühr von 25 auf 100 K. Dann haben sie noch angeknüpft eine Reihe von innerorganisatorischen Fragen. Gleichzeitig wurden vom Zentralausschuss geltend gemacht die Erhöhung des Subventionskredites von 124 K auf 200 Mill., ferner die Ablösung der Einnahmen aus dem Postbüchererlag mit 1000 K für sämtliche Besteller und ihre Kollegen im Sommerdienst. Dann wurde sofort auch nachdrücklich die Frage des Nachwuchses erörtert mit Rücksicht ob pragmatisch oder nicht pragmatisch. Endlich wurde erklärt, dass die Wiener Postillione dasselbe bekommen müssen wie die Chauffeure und Autobuslenker. Ich konnte erst nachmittags wieder in die Verhandlungen gehen. Ich habe da den Standpunkt eingenommen, dass man das, was den heutigen Zeiten entspricht, das Möglichste tun werde bei den maßgebenden Stellen zu vertreten. Nach vielfachen Verhandlungen über jeden Punkt sind wir dazu gekommen, die Verwaltung würde vertretbar halten 300-500 K, die Erhöhung der Taggebühren von 14-40, und dass man in der Regel zusammenhängenden Dienst für 96 Stunden für 2 Wochen hat und auswärts essen muss. Die Nachtdienstgebühr habe ich abgelehnt, weil es eine allgemeine Frage ist und für keine einzelne Kategorie geregelt werden kann. Die Überstundengebühren, Überlandfahrtgebühren sind nur fallweise Fahrten, die machen nichts aus. Wir glaubten noch vertreten zu können 65 K in der Erwägung, dass der Chauffeur ein besseres und ein schlechteres Essen zu sich nehmen muss. Sie verlangen die Rückwirkung von 1.11.20. Hinsichtlich der Lebensmittelkredite wurde erklärt, es werde in jenem Maßstab erhöht werden, als es der Regierung möglich ist es für die Eisenbahner zu tun. Die Ablösung der postbücherlichen Erlöse habe ich abgelehnt, wurde von der Verwaltung immer bekämpft. Es handelt sich nicht so sehr um den Abkauf der Postbücher, sondern um ein Pauschale. Das muss allen Postbediensteten geradeso gegeben werden wie Gendarmerie und Polizei. Ich habe diese Verhandlungen vorläufig abgelehnt. Dann wurde erörtert die Frage des Nachwuchses, wo es zu einem unerhörten Kampf kommen wird. Ich sagte, die Verwaltung verfügt noch nicht über die abschließenden Ziffern. 47 % haben sich entpragmatisieren lassen, die anderen sind pragmatisch geblieben. Über diese Frage werden wir mit den Vertretungskörpern reden können, sobald die weiteren bekannt sind. Die Frage der Wiener Postillione habe ich abgelehnt, weil es Bedienstete des Rehl sind, diese werden entlohnt nach dem Genossenschaftstarif und er hat sie angestellt zu bezahlen. Im Hintergrund waren auch Leute des Transportarbeiterverbandes, aber nicht die offiziellen. Forster hat bei der vormittägigen Sitzung mehr einen scherzhaften Ton angenommen, hat sich aber in der Sache nicht eingemengt und uns freie Hand gelassen. Zum Schluss wurde gesagt, man kann die Verwaltung nicht in Aussicht stellen, wir gehen jetzt in die Versammlung und morgen soll Antwort gegeben werden. Abends wurde ich verständigt, dass die Versammlung jede weitere

Verhandlung abgelehnt hat. Heute früh war Jakl bei mir und hat betont, dass es ihm unmöglich war, einen Einfluss zu nehmen. Die offiziellen Vertrauensmänner sind in den Hintergrund getreten. Es wurde eine eigene Streikleitung gewählt. In Betrieb bleiben nur die Wagen für die Lebensmittelstellen und die Wagen für die Miss. Taylor. Es wurde angekündigt, diese 1000 K seien eine Frage, welche sofort gelöst werden müsste, sonst könnte man nicht sagen, was noch geschieht. Es könne auch keine Gewähr übernommen werden, ob nicht die Nachstundengebühr und Überstunden auf die Bahnhöfe und Großbetriebe übergreift. Dann wurde gesagt, dass sich die Telegrafenediensteten für die Frage sehr interessieren werden. Der Ausbruch des Streiks ist ohne richtiges Vorgehen der Organisation. Jede kursmäßige Fahrt, die mit einem anderen Vehikel versucht wird, wird verhindert, sodass von Südbahnhof zum Hauptbahnhof die Post genommen wurde. Die Ämter habe ich von der Sachlage verständigt. Es ergibt sich aus der Lage eine vollständige Lahmlegung des Verkehrs von und nach Wien. Paketverkehr ist selbstverständlich unmöglich, der Briefverkehr soll wenigstens auf den amtlichen Verkehr aufrechterhalten werden und bescheidene Mengen auf den Bahnhöfen aufgegeben werden können. Gefördert wird auch der Geldverkehr. Der ganze Geldverkehr strömt beim Paketamt Wien 96 zusammen. Wir führen 2-3 große Wagen an die niederösterreich. Bank und holen von dort die. Auf die Verhinderung dieses Verkehrs legt man besonderes Gewicht. Mit Boten lässt es sich nicht machen. Ich habe aufgetragen, man soll mit Wiener Bank als auch mit Postsparkassa verhandeln, ob es nicht möglich wäre, diese Abteilung des Paketamtes in Wiener oder Postsparkassenamt zu verlegen. Nach meinem persönlichen Eindruck glaube ich, auch wenn man in Aussicht gestellt hätte, noch mehr zu bewältigen, so wäre der Streik nicht verhindert worden. Mir kommt es vor, als ob die gleiche Aktion eintreten sollte wie im Schankgewerbe, die Dienstgeber haben alles bewilligt und dann wurde erst recht gestreikt. Ich glaube im geheimen den Angelpunkt bildet der Nachwuchs bei der Post. Man will der Verwaltung da die Freiheit nehmen. Abgelehnt ist die Sache nicht, es wurde nur gebeten nicht in den Vordergrund zu stellen bis man die nötigen Unterlagen hat. Nach dem Ausland hin werde ich bitten, dass der Transit durch Österreich vermieden und abgelehnt wird. Für hier muss man den Verkehr für einige Tage einstellen, um wegen der Haftungsfragen eine Verschleppung zu verhindern.

Grimm: Vom Finanzstandpunkt habe ich zu bemerken, dass einzelne Forderungen erfüllbar sind und ich könnte keine Schwierigkeiten machen, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, dass im Ressort des Verkehrs Deckung geschaffen wird. Weitergehende Forderungen kann man nicht erfüllen ohne uns lächerlich zu machen. Es kommt darauf hin, dass im Ganzen eine Tendenz liegt, es wird gestreikt, auch wenn Zugeständnisse gemacht werden. Weitergehende Zugeständnisse als was vernünftig erfüllbar ist, sind zwecklos. Die Regierung käme in eine schreckliche Position. Mein Antrag geht dahin, dass Kanzler die Häupter der Parteien beruft, um mit ihnen über die Streikfrage politisch zu beraten. Wenn die sozialistische Partei diese Tendenz aufrechterhält, so hat die Regierung keine Möglichkeit, etwas dagegen zu tun. Wir können aber die Forderungen nicht erfüllen, weil sie irrsinnig sind und ihre Erfüllung nichts nützen würde. Ich glaube, es ist der Moment, dass die Regierung sich entscheiden muss auf Grund der Obmännerkonferenz, ob sie die Geschäfte weiterführen kann. Ich bin der Überzeugung, dass wenn da kein Übereinkommen geschlossen wird, dass wir bis Weihnachten nicht mehr im Amte sein können.

Resch: Habe dieselbe Meinung. Es hat sich dasselbe gezeigt beim Gastgewerbestreik. Die materiellen Forderungen wurden zur Gänze erfüllt. Obwohl alles zugestanden wurde, wurde erklärt, dass, wenn nicht die sozialdemokratische Arbeitsvermittlung eine Monopolstellung bekommt, wird gestreikt. Das geht nach einem bestimmten System. So geht es nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz. Die Organisation der Heimkehrer teilt mit, wenn nicht innerhalb 8 Tagen alle Invaliden und Heimkehrer entsprechende Wohnung haben, so werden die Staatsgebäude besetzt. Die Telegramme lauten ganz gleich. Man sieht daraus die gemeinsame

Inszenierung. Ich bin der Meinung, dass die sozialdemokratische Partei das Wirtschaftsleben in die Hand will. Sie werden uns aufreiben. Auch die Ministerchauffeure beginnen in der nächsten Woche zu streiken. Von allen Seiten wird konzentrisch gegen die Regierung vorgegangen um sie unmöglich zu machen.

Glanz: Es handelt sich nicht um wirtschaftliche Streiks, sondern um ein klares System. Durch die Streiks soll jede staatliche Tätigkeit lahm gelegt werden. Man soll der Gefahr offen ins Auge sehen und mit Sozialdemokraten sprechen. Alle Hilfsleistungen an Österreich sind darauf gestellt, dass in Österreich gearbeitet wird und Ordnung herrscht. Ich glaube, es wäre zu erwägen, ob man nicht die Hilfe der Rep.Komm. in Anspruch nehmen soll. Auch müsste man in der Presse feststellen, wer die Verantwortung trägt, wenn es zum Zusammenbruch kommt.

Breisky: Es muss mit den Sozialdemokraten gesprochen werden, dass sie sich entscheiden. Sowohl für die Partei wie für die Öffentlichkeit wäre es besser, wenn wir in der Lage wären bei diesen Verhandlungen ein Schriftstück der Entente vorlegen zu können, einen Kollektivschritt der Missionen. Wenn wir mit so etwas in die Verhandlungen gehen, würde die Situation der Regierung gebessert. Wir haben eine sehr wichtige Waffe.

Resch: In diesem Moment sollte der Bundespräsident eingreifen. Er soll die Parteiführer berufen.

Grimm: Ein kollektiver Schritt der Entente dauert sehr lange. Was die Ententemächte denken wissen die Führer genau, sie wissen, dass eine sozialdemokratische Regierung keine Hilfe zu erwarten hätte. Das sollten die Herren den Sozialdemokraten offen sagen.

Mayr: Es hat keinen Sinn zu verhandeln. Es bleibt nichts übrig als mit den Parteien zu sprechen. Wir schließen die Sitzung, ich werde unsere Partei von der Anschauung des Kabinettrates verständigen. Wir können Nachmittag beim Empfang gleich reden.

Hoheisel: ad Nachwuchs: habe ich noch irgendwelche Verhandlungen zu führen, wenn man an mich herantritt. Kann ich Zugeständnis in Aussicht stellen.

Pesta: Man soll sich mit den Leuten nicht einlassen.

Hoheisel: Die Personalvertretung spielt eine doppelte Rolle. Ich bitte um die Entschließung was zu tun ist. besonders diese Ablösung für die Postbücher kostet 12 Mill. K.

Pesta: Die Forderungen sind an den Haaren herbeigezogen. Es ist rein politisch. Es wird von ihnen die Frage des Nachwuchses in den Vordergrund gestellt. Das ist auch politisch. Sie hoffen durch die Aufnahme von entpr. dass sie in die Organisation dürfen. Das ist aber eine falsche Spekulation.

Nichts weiter tun und sachlich die erforderlichen Verfügungen zu treffen.

MRP Nr. 18 vom 16. Dezember 1920

Beilage, [Bundesministerium für Verkehrswesen], ohne Zahl, Streng vertraulicher Anhang
mit der Stellungnahme der Regierung zum Streik der Postchauffeure und Postkutscher in
Wien (2 Seiten)

Streng vertraulicher Anhang

zum Ministerratsprotokoll Nr.18 vom 16. Dezember 1920.

Inhalt:

Stellungnahme der Regierung zum Streik der Postchauffeure und Postkutscher in Wien.

Nach Erörterung der Forderungen der Postchauffeure und Postkutscher in Wien durch den Bundesminister Dr. P e s t a und Sektionschef H o h e i s l bemerkt Bundesminister Dr. G r i m m, daß er gegen die Erfüllung einzelner der erhobenen Forderungen unter der Voraussetzung der Sicherstellung des Mehraufwandes aus den Erträgnissen der Postanstalt keine Einwendungen zu erheben hätte. Die Bedeutung des gegenwärtigen Streiks liege jedoch nicht in seinen finanziellen Auswirkungen, sondern darin, daß er offenkundig politische Zwecke verfolge. Die durch den Ausstand der Postchauffeure und Postkutscher bewirkte Lahmlegung des Postverkehrs in Wien füge sich systematisch in die Erscheinungen der letzten Tage ein, die alle deutlich darauf abzielten, der gegenwärtigen Regierung jede sachliche Verwaltungsarbeit unmöglich zu machen. Unter derartigen Umständen könne nach seiner Auffassung das Kabinett nicht länger im Ante verbleiben, sondern müsse den Rücktritt in's Auge fassen, sofern es nicht noch gelingt, mit der Oppositionspartei zu einem Kompromiß zu gelangen.

Redner beantrage daher, der Vorsitzende möge eine



000001

politische Aussprache mit den Obmännern der drei Parteien herbeiführen, damit das Kabinett in die Lage versetzt werde zu beurteilen, ob ihm die von Seite der einzelnen Parteien zu gewärtigende Haltung eine Weiterführung der Geschäfte noch gestatte.

Die Bundesminister Dr. R e s c h und Dr. G l a n z sowie Vizekanzler B r e i s k y pflichten den Ausführungen des Vorredners vollinhaltlich bei und treten dafür ein, mit allem Nachdrucke auf eine Klärung der politischen Verhältnisse hinzuwirken, damit vor der Oeffentlichkeit außer Zweifel gestellt werde, auf welcher Seite die Verantwortung für den fortschreitenden Niedergang des Staates liege.

Der V o r s i t z e n d e schließt sich der in der Debatte zutage getretenen Auffassung an und nimmt in Aussicht, über den Antrag des Bundesministers Dr. G r i m m mit der christlich-sozialen Partei in Verbindung zu treten.

Mit Rücksicht auf dieses Ergebnis der Beratung sieht der Ministerrat von einer Stellungnahme in Angelegenheit des Streiks der Postchauffeure und Postkutscher ab und behält seine weiteren Entschliessungen dem Ausgange der Konferenz des Vorsitzenden mit den Parteiobmännern vor.